Prof. Dr. Lothar Stock, HTWK Leipzig

Szenario Soziale Entmischung in unterprivilegierten Stadtteilen. Community Organizing – die Lösung aus Wild West für familienfreundliche Groß- und Kleinstädte?

Einführung

In den Slums von Chicago organisierte Saul D. Alinsky Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts die gewerkschaftlich nicht-organisierten Mitarbeiter der dortigen Schlachthöfe und baute mit ihnen seine erste Bürgerorganisation auf. Ausgehend von dieser „Gewerkschaft der Hinterhöfe“ (Back of the yards) entwickelte er das Community Organizing (CO), ein Konzept zum Aufbau machtvoller Bürgerorganisationen. Die ebenfalls von Alinsky gegründete Industrial Area Foundation (IAF) verbreitete die Idee des Community Organizings in weitere Städte der USA, insbesondere an der Ostküste. In anderen Landesteilen entstanden ähnliche regionale und auch überregionale Zusammenschlüsse wie z.B. das Pacific Institute for Community Organizing (PICO). Im Laufe der Jahre entwickelte sich Community Organizing in den Vereinigten Staaten von Amerika so zu einem ernst zu nehmenden Machtfaktor auf der kommunalen Ebene und ist dies bis heute geblieben.

Der nachfolgende Beitrag beschreibt die allgemeinen Prinzipien und Prämissen – weniger die konkrete Herangehensweise – des Community Organizings, das sich nicht auf bestimmte (Problem-)Wohngebiete, (Problem-)Zielgruppen oder (Problem-)Lebenslagen reduzieren lässt, sondern einen umfassenden Beitrag zur Demokratisierug in allen gesellschaftlichen Bereichen leisten will. Ebenso werden die Probleme, eventuell auch Grenzen der Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse erörtert. Die Beantwortung der in der Überschrift formulierten Frage, ob CO „die Lösung aus Wild West für familienfreundliche Groß- und Kleinstädte“ ist, bleibt allerdings der Leserin bzw. dem Leser allein vorbehalten.

„Stellen Sie sich einmal vor ...

... Sie sorgen sich um Entwicklungen in Ihrer Stadt oder Ihrer Nachbarschaft, z.B. über die drohende Arbeitslosigkeit vieler Menschen, Drogenprobleme an der Schule Ihrer Kinder, Armut und zunehmende Gewaltbereitschaft,

... zu einer Bürgerversammlung zu diesem Thema kommen nicht nur 20, sondern 300 Bürgerinnen und Bürger,

... die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft treffen mit den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Absprachen, welches Anliegen bis wann und wie gelöst werden soll.

Und stellen Sie sich weiter vor ...

... die Veranstaltung war kein einmaliges Strohfeuer, sondern Teil einer langfristig und gut geplanten Kampagne,

... diese Arbeit wird getragen von einem breiten Bündnis von Kirchengemeinden und anderen Gruppen,

... diese haben sich nicht nur zu einem Thema zusammen gefunden, sondern arbeiten gemeinsam am Aufbau einer kontinuierlichen und ständigen Bürgerbeteiligung,

... diese Arbeit ist unabhängig und wird durch Eigenbeiträge und Spenden finanziert.

Neue Gestaltungsmöglichkeiten für die aktive Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern am öffentlichen Leben entstehen. Bürgerinnen und Bürger überwinden Apathie und Rückzug und entwickeln neues Selbstvertrauen.

Schwer vorstellbar? In den USA ist eine solche Arbeit in vielen Städten seit 50 Jahren erfolgreich – Community Organizing.“

Zugegeben, Berlin-Kreuzberg, Frankfurt-Bonames oder der Leipziger Osten sind nicht die Bronx, aber auch in diesen Stadtteilen finden wir eine Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die in der Regel über geringe finanzielle Ressourcen verfügen. Als Folge dieser geringen Kaufkraft wandern auch in diesen Stadtteilen Banken, Fachgeschäfte und der Einzelhandel ab; Billigläden und Discounter bestimmen zunehmend das Bild. Auch vor der sozialen Infrastruktur macht diese Entwicklung nicht halt. Im Leipziger Osten z.B. wurde das letzte noch verbliebene Gymnasium zu Beginn dieses Schuljahres geschlossen. Derartige Prozesse forcieren noch zusätzlich die ohnehin schon vonstatten gehende soziale Entmischung.

Zugegeben, das soziale System der Bundesrepublik unterscheidet sich in mannigfaltiger Hinsicht von dem der USA, aber auch in der BRD gibt es, trotz aller empirischen Befunde zur temporären Armut, einen nicht unerheblichen „Bodensatz“ dauerhaft armer und sozial be-

nachteiligter Menschen. Diesen Personen gelingt es nur sehr bedingt, (wenigstens zeitweise) in die höheren Etagen des sozialen Sicherungssystems aufzusteigen und damit an dessen Errungenschaften zu partizipieren. Zudem werden die Leistungen der sozialen Sicherung seit Jahrzehnten kontinuierlich reduziert und statt dessen wird auf die Eigenvorsorge der Menschen gesetzt. Eine verfestigte soziale Ausgrenzung sozial benachteiligter Bevölkerungskreise ist die Folge.

Zugegeben, die BRD-Gesellschaft als Ganzes weist gravierende Unterschiede zu derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika auf, aber der Ruf nach dem eigenverantwortlichen Bürger und damit einhergehend die Forderung nach einem Rückzug des angeblichen „Versorgungsstaates" wird auch in der Bundesrepublik immer lauter. Zunehmender Individualismus und Egozentrismus bei gleichzeitig abnehmender Solidarität mit den Schwachen kennzeichnen heute bereits die Wertevorstellungen breiter Teile der Bevölkerung. Noch problemverschärfend hinzu tritt die in der BRD-Gesellschaft nur äußerst rudimentär ausgeprägte „Spielart" der us-amerikanischen Philanthropie, die zumindest den sich um Besserung ihrer Situation aktiv bemühenden Armen auch etwas vom Reichtum der Wohlhabenden zukommen lässt. Eine weitere Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Habenichtsen – um die Begrifflichkeiten von Saul D. Alinsky hier einmal zu verwenden – ist vorprogrammiert.

Vor diesem Hintergrund ist es nun keineswegs abwägig, nach „Wild West" zu schauen und nach den Möglichkeiten der Übertragbarkeit der Ansätze sowie der Prämissen von Community Organizing auf die bundesrepublikanischen Verhältnisse zu fragen.

Was ist Community Organizing ?

„Tue nie etwas für andere, was diese auch selbst tuen könnten!" lautet die von Alinsky formulierte „eiserne Regel" im CO, mit der er sich seinerseits radikal abgrenzte gegen das „settlement movement" rund um die Nobelpreisträgerin Jane Addams und das von ihr geleitete Chicagoer Hull House, einer der Geburtsstätten der Gemeinwesenarbeit, sowie gegenüber sozialarbeiterischen Helfersyndromen im allgemeinen. An die Stelle professioneller Bevormundungen und sozialstaatlicher, letztlich aber auch entmündigender Fürsorge setzt Community Organizing auf die Prinzipien von Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Oder allgemeiner: Im Kräftespiel gegenüber der scheinbaren Allmacht von Staat und Wirtschaft setzt CO auf die demokratische Macht der Bürgerinnen und Bürger, die sich organisieren und so handlungs- und durchsetzungsfähig werden. Power oder Macht definiert Community Organizing dabei als die Fähigkeit zum Handeln, und diese Macht wird den Bürgerinnen und Bürgern im lokalen Nahraum niemals in den Schoß gelegt, sondern sie muss erstritten werden - durch den Aufbau eigenständiger und machtvoller Bürgerorganisationen. CO versteht sich in diesem Sinne zugleich als politische Bildung und politisches Handeln, letzteres als Einmischung in die örtliche Kommunalpolitik.

Community Organizing zeichnet sich aus durch:

- den Aufbau einer Kultur tragfähiger öffentlicher Beziehungen (getragen von Transparenz, gegenseitigem Respekt und einem beidseitigen Austauschverhältnis als Grundlage für die Vertraulichkeit in der Zusammenarbeit aller Beteiligten),
- das Herausfinden von Eigeninteressen der Bürgerinnen und Bürger als Triebfeder für jedwedes Handeln, das Aushandeln gemeinsamer Interessen (z.B. die Sorge um die Zukunft oder Sicherheit der Kinder) sowie das Organisieren von gemeinschaftlichem und strategischem Handeln (die beiden Gegenpole bezüglich der Eigeninteressen sind Selbstsucht, d.h. das Negieren der Eigeninteressen Anderer, einerseits und Selbstlosigkeit auf der anderen Seite, denn wer sich seiner eigenen Interessen nicht bewusst ist, der entscheidet sich für die „Opferrolle"),
- das Aufgreifen sowie das öffentliche und produktive Austragen von Konflikten (dabei geht es mitnichten um eher symbolische Aktionen, sondern um ganz konkrete Lösungen für aktuell bestehende Probleme),
- den professionellen Aufbau von lebendigen und machtvollen Organisationen und Koalitionen auf breiter Basis (erst dieser Gegensatz zur oft an zu treffenden engen Zielgruppenorientierung auch in der Gemeinwesenarbeit und dem Ein-Punkt-Charakter vieler Bürgerinitiativen macht CO zu einem ernst zu nehmenden Verhandlungspartner in der Kommunalpolitik)
- das Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen, ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten (entscheidend ist hier aber nicht nur dieses Menschenbild, das sich von der sozialarbeiterischen Klientelisierung, der „erlernten Hilflosigkeit", diametral unterscheidet, sondern auch der veränderte Zugang zu den Bewohnerinnen und Bewohnern im Gemeinwesen; an erster Stelle stehen die Menschen und erst an zweiter die Probleme).

Anknüpfend an gerade diesen letzten Aspekt fasst Larry B. McNeil, ein IAF-Organizer aus Chicago, Community Organizing wie folgt zusammen: „Organisieren ist das aktive Ausgraben der Geschichte eines Menschen, die gemeinsame Untersuchung der Bedeutung der Geschichte und die Gelegenheit für die persönliche und gemeinsame Geschichte einen neuen Schluss zu schreiben." Zentrales Handlungselement im CO sind demnach eine Vielzahl von Einzelgesprächen im Stadtteil, die zunächst die Organizerinnen und Organizer mit den Bürgerinnen und Bürgern führen, im Verlauf des Organizing-Prozesses aber zunehmend von letzteren eigenständig untereinander wahrgenommen werden. Die Organizerinnen und Organizer treten somit Stück für Stück in den Hintergrund und wirken letztlich lediglich als eine Art fachliche Beratung und Begleitung. Den Ausgangspunkt des Organizing-Prozesses bilden meist lokale Kirchengemeinden und deren Pastorinnen bzw. Pastoren. In Bezug auf die Organisationsstruktur zeichnen die nach den Prinzipien von CO aufgebauten Bürgerorganisationen vor allen Dingen die demokratische Entscheidungsfindung, die stete Kontrolle durch die Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner, ihre Finanzierung durch Eigenmittel sowie die Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern aus. Dies alles zusammen verleiht den Bürgerorganisationen eine große Vitalität.

Nochmals zusammengefasst:

- Community Organizing ist mehr als eine Methode, nämlich: das Streben nach demokratischen Gesellschaftsstrukturen.
- Community Organizing stellt permanent die Machtfrage, nämlich: im Sinne einer demokratischen Veränderung.
- Community Organizing ist aber trotzdem immer auch Beziehungsarbeit, nämlich: die Menschen wirklich ernst nehmen, mit allen ihren „Macken" und dort, wo sie jeweils stehen (wenn z.B. in einem Stadtteil nicht die vor sich hinrottende Bausubstanz ganzer Straßenzüge, sondern die überall im Wohngebiet verwahrlost herum stehenden Einkaufswagen eines Supermarktes ein Ärgernis für die Bewohnerinnen und Bewohner darstellen, dann werden eben letztere zum Ausgangspunkt einer gemeinsamen Aktivität).
- Organizerinnen und Organizer sind jedoch keine Helferinnen und Helfer oder gar Therapeutinnen und Therapeuten, sondern: Trainerinnen und Trainer für sich engagierende und organisierende Bürgerinnen und Bürger.
- Community Organizing heißt vor allem strategisches Denken, anstatt: auf vorschnelle Problem„lösungen" zu setzen (hier unterscheidet sich CO erneut diametral von der in vielen Projekten des Quartiersmanagements immer wieder an zu treffenden „Projektitis").
- Community Organizing besteht somit in der Kunst, das Private (Beziehungsarbeit) in das Politische (Aktionen) zu transformieren.
- Community Organizing verbindet schließlich persönliche Entfaltung und Entwicklung der beteiligten Menschen mit institutioneller Erneuerung der involvierten Organisationen sowie mit öffentlichem, demokratischem Handeln. In diesem Sinne wirkt CO insbesondere der sozialen Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie nationalistischem Gedankengut entgegen.

(Grenzen der) Übertragbarkeit

Die Versuche zur Umsetzung von Community Organizing in Deutschland bewegten sich bislang nahezu ausschließlich im sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Rahmen, insbesondere in der Gemeinwesenarbeit. Diese Verortung hatte in der Regel dreierlei zur Konsequenz. Erstens die Einbindung aller Bemühungen zum Aufbau eigenständiger und machtvoller Bürgerorganisationen in die traditionellen Verbände der Wohlfahrtspflege und damit in deren eigenes (kommunal-)politisches Machtgefüge, das möglichst unangetastet bestehen bleiben sollte. Zweitens die hochgradige finanzielle Abhängigkeit von öffentlichen Geldern, insbesondere auch aus dem kommunalen Haushalt (und wer finanziert schon gerne seine eigenen Kritiker!), und drittens die bevorzugte Bereitstellung sozialer Dienstleistungsangebote mit einer damit verbundenen eindeutigen anderen Prioritätensetzung auf Seiten der Professionellen.

Ein zweiter wichtiger Unterscheidungsfaktor zur Situation in den USA ist die in der Bundesrepublik herrschende Oligarchie der Parteifunktionäre auch in der kleinsten kommunalen Einheit (z.B. in den Orts- oder Stadtbezirksbeiräten), die aufkommenden Bürgerprotest sehr schnell in institutionelle Bahnen kanalisiert und somit eine dauerhafte eigenständige Interessenvertretung der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner verhindert. Hinzu kommen desweiteren eine Reihe von strategischen Unzulänglichkeiten der beteiligten Akteure (z.B. die Fixierung auf eine Ein-Punkt-Bewegung) sowie die eingangs erwähnten unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der BRD- und in der US-Gesellschaft.

Und es geht doch. Wie das Beispiel aus Düren zeigt, lassen sich auch im Rahmen eher gemeinwesenorientierter und durch öffentliche

Gelder finanzierter Sozialarbeit Strukturen und Prinzipien von Community Organizing in der Bundesrepublik Deutschland umsetzen. Innerhalb nur kurzer Zeit gelang den bei der dortigen Kirchengemeinde angestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Aufbau mehrerer Interessenvertretungen von Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil. Hierzu bedarf es allerdings einiges an klärenden Rahmenbedingungen:

(1) Einen Träger mit langjähriger, möglichst vor-Ort-Erfahrung in Bürgeraktivierung.
(2) Die organisatorische Eigenständigkeit der den Aufbau von Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger unterstützenden Professionellen.
(3) Einen eindeutigen Arbeitsauftrag zu eben diesem Aufbau von Interessenvertretungen im Stadtteil.
(4) Eine klare Trennung gegenüber der von Geldergeberseite oder vom Träger oftmals geforderten Zurverfügungstellung von sozialen Dienstleistungen (dies ist im Quartiersmanagement und den meisten GWA-Projekten eben nicht gegeben!).
(5) Und last not least in diesem Fall, wo die Finanzierung der Arbeit nicht eigenständig, sondern über Förderrichtlinien der Kommune und des Landes erfolgt, ein (kommunal-)politischer Wille zur Bürgeraktivierung sowie die damit verbundene Bereitschaft, die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Interessenvertretungen als ernst zu nehmender Verhandlungspartner auf der lokalen Ebene zu akzeptieren.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der mit der Aktivierungsarbeit möglicherweise losgetretenen Entwicklungen im Stadtteil zahlt sich eine derartige kommunale Konfliktbereitschaft mit Sicherheit mehr aus, als alle kurzfristig über irgendwelche fremdbestimmten Projektgelder initiierten Einzelmaßnahmen.
In diesem Sinne: „You can't organize what you can't imagine!"

Literaturhinweise:

Alinsky, Saul D. (1999): Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv
Berger, T. u.a. (2000): Gemeinwesenarbeit in Düren. GWA als Organisationsberatung. In: FORUM sozial. DBSH 2/2000
Forum für Community Organizing (Hg.) (o.J.): Forward to the roots. Bonn: Stiftung Mitarbeit
Mohrlok, M. u.a. (1993): Let's organize. Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich. München: AG SPAG